

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 736

Mittwoch, 01. September 2021

28. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

New York Times: Zeuge sagt, dass Giammattei in Teppich verpacktes Geld übergeben wurde.....	1
Wie manche innerhalb der Staatsanwaltschaft und Justiz mutmassliche Täter*innen schützen.....	4
Der Kongress lehnt in einer hitzigen Sitzung das Dekret 6-2021 über den Notstand ab.....	5

[New York Times: Zeuge sagt, dass Giammattei in Teppich verpacktes Geld übergeben wurde](#)

New York/Guatemala, 24. August - Die New York Times veröffentlichte in ihrer englischen und spanischen Ausgabe einen Teil der Aussage einer Person, die angeblich von der Annäherung russischer Staatsbürger an den Präsidenten Alejandro Giammattei wusste. Diese Person sagt, dass sie einen der Russen während seines Aufenthalts im Lande begleitet habe. Die Aussage wurde bereits am 23. Juni 2021 gemacht und war eines der Beweisstücke, um die der Präsident die Generalstaatsanwältin María Consuelo Porras bat. Sieben Tage nach dieser Erklärung, am 30. Juni, suchte Porras die Sonderstaatsanwaltschaft gegen Straflosigkeit (FECI) auf, um Beweise zu sammeln.

Der Zeuge, der nicht namentlich genannt wurde, um seine körperliche Unversehrtheit zu wahren, bot seine Dienste als Sicherheitspersonal an und gab in der Erklärung an, dass er im April kontaktiert wurde, um sich am Schutz einer ausländischen Person zu beteiligen, was er am 26. desselben Monats zu tun begann. "Ich erinnere mich, dass das Sicherheitskomitee aus etwa 16 bis 18 Personen bestand, die von Alberto Alvarado Oliva angeführt wurden. Er sagte, er arbeite im Ministerium für Kommunikation, Infrastruktur und Wohnungsbau. Weiterhin involviert waren an den meisten Tagen der Cousin von Oliva, José Mata, und zwei Frauen, die nur als María Fernanda und Pamela identifiziert wurden und die die Bedienung, das Essen und die Hotelreservierungen koordinierten", heisst es in der Zeugenaussage. Sie bestätigte, dass die Person aus Russland kam und von zwei weiteren Begleitern aus diesem Land sowie einem Arzt begleitet wurde. Der Besucher begab sich in das Hyatt Hotel in Zone 10, wo er sich mehrere Tage aufhielt, und der Zeuge erwähnte, dass er zusammen mit anderen Kolleg*innen manchmal den Auftrag erhielt, Pakete im Büro 1602 abzuholen, wo sich der Hauptsitz des Unternehmens Mayaniquel befindet, wie er bekräftigte.

Weiterhin wies der Zeuge auf eine Reise nach Santa Catarina Palopó hin, die der Russe und Alberto Alvarado Oliva per Hubschrauber unternahmen. Zum Abschluss der Reise reisten sie nach Antigua Guatemala.

"An diesem Ort mieteten sie das gesamte Hotel, und ich erinnere mich, dass auch ein Mann bei ihnen war, den alle als ‚Botschafter‘ ansprachen, eine weitere Person, die sich als "Julian" (Yulian) zu erkennen gab und sagte, er sei ein Vertreter der Firma Mayaniquel. Ich weiss nicht, ob noch mehr Leute dort waren", sagte er über ihren Aufenthalt in dieser Antigua. "Aber ich erinnere mich, dass einige Kolleg*innen anmerkten, dass sie mehrere Damen, Begleiterinnen mitnahmen, um bei diesen Leuten zu sein; während sie in Antigua Guatemala auch die Casa Botrán besuchten, wo eine geschlossene Gesellschaft eingerichtet wurde, wo der Russe und Julian waren", so die Erklärung, auf die sich die New York Times bezieht. (*Casa Botrán ist ein guatemaltekischer Rum, d.h. vermutlich bezieht sich hier die Ortsangabe auf die Casa del Ron in Antigua, eine Lagerstätte für Rum dieser Marke und Restaurant, d.Red.*)

Ein Paket mit Geld wird zum Wohnsitz von Giammattei gebracht

Die Aussage wird relevanter, wenn es um die Rückkehr des Gefolges in die Hauptstadt geht, denn während sie sich im Hyatt Hotel in Zone 10 aufhielten, und zwar am 29. April, wurden sie zusammen mit anderen Sicherheitskräften aufgefordert, in den Keller zu gehen, wo sich Alberto Alvarado Oliva, "der Russe", Julian und eine unbekannte Person in einem Fahrzeug befanden, ebenso wie die beiden russischen Sicherheitsleute und der Arzt. Dann wurden sie aufgefordert, ein Paket aus einem anderen Fahrzeug zu nehmen als dem, mit dem sie an diesem Tag sonst herumgefahren sind.

"Vor dem Verlassen des Ortes sagte Julian ihnen, sie sollten ein Paket aus einem anderen SUV nehmen, der im Keller geparkt war. Das Paket war ein Teppich, der wie eine Geschenkverpackung eingewickelt und mit einem roten Band ver-

schnürt war. Als ich das Paket mit einer anderen Person verlud, konnte ich feststellen, dass es Bargeld enthielt, das in Pakete eingewickelt war", heisst es in der Erklärung. Bevor sie den Parkplatz verliessen, teilte Álvaro Oliva ihnen mit, dass ihr Ziel an diesem Abend die Residenz des Präsidenten, Alejandro Giammattei, sei. Zu diesem Zweck fuhren sie zum Boulevard Vista Hermosa, Zone 15, kehrten über Multimédica zurück und betraten ein Viertel mit einem Wachhäuschen, das der Zeuge als den Wohnort des ehemaligen Präsidenten Otto Pérez Molina identifizierte.

"Um sieben Uhr abends kamen wir an dem Ort an, wir parkten vor einem Haus. Da deutete Alberto Alvarado Oliva an, dass niemand aussteigen solle, dann stiegen Julian, Alberto Alvarado, die beiden russischen Sicherheitsleute und wir aus den Fahrzeugen aus, als Julian Alberto Alvarado fragte, ob er sicher sei, dass dies das Haus sei, und Alberto Alvarado ihm sagte: Ja, sonst hätte er Sie nicht mitgenommen", ist ein Teil der Aussage.

Die Tür des Hauses wird von zwei bewaffneten Sicherheitsleuten geöffnet, Julian und Alvarado befehlen ihnen, das Paket mit dem Geld aus einem der Fahrzeuge zu nehmen, es im Eingang zu lassen und zu den Autos zurückzukehren. Julian, Alvarado und eine weitere nicht identifizierte Person selbst blieben dem Bericht zufolge etwa eineinhalb bis zwei Stunden im Gebäude. "Ich erinnere mich, dass Julian dem anderen sagte, dass sie mit dem, was sie geliefert hatten, bereits eine freie Tür zu den Geschäften im Hafen geöffnet hätten. Dann gingen wir in derselben Nacht nach Antigua Guatemala hinunter und am Samstag fuhr der Russe in den Petén. Die gleiche Logistik wurde durchgeführt, eine Gruppe reiste zuerst am Freitag im Voraus ab und die andere Gruppe, als der Russe Antigua Guatemala verliess. Später war es genauso, als die eine Gruppe nach Costa Rica und eine andere in die Dominikanische Republik abreiste", heisst es in der Erklärung.

Sonstige Besuche

Darüber hinaus fügte der Zeuge hinzu, dass der Russe zusammen mit dem Wirtschaftsminister Antonio Malouf den Tikal-Park im Petén besuchte, ein Treffen, das der Minister kürzlich bei einem Treffen mit Abgeordneten der Nationalen Einheit der Hoffnung (UNE) bestätigte. Berichten zufolge nahmen Alvarado und Julian an dieser Reise teil. Diesbezüglich sagte der Wirtschaftsminister in der Vorladung der UNE: "Ja, ich habe eine Delegation besucht, ich habe die Pässe nicht zur Hand, um zu wissen, woher sie kamen, ich weiss, dass sie Europäer sind und dass das Unternehmen in der Schweiz ansässig ist, aber hier in Guatemala arbeitet". - Der Kongressabgeordnete Carlos Barreda fragte ihn bei dieser Gelegenheit: "Haben Sie sie in den Petén begleitet?" Daraufhin antwortete Malouf: "Ja, ich habe sie in den Petén begleitet" und fügte hinzu, dass "sie mehrere Investitionen in Guatemala getätigt haben".

"Am nächsten Tag, nach dem Mittag, gingen wir zum Flughafen Mundo Maya im Petén, wo bereits ein Privatflugzeug stand, das nach Costa Rica flog", sagte der Zeuge über die Reise des russischen Staatsbürgers.

Diese Person soll bis zum 2. Mai als Wachmann tätig gewesen sein.

Übereinstimmende Beweisstücke

Nach den gesammelten Informationen und nach Angaben von La Hora werden die Aussagen des Zeugen durch andere Beweise gestützt, wie z. B. Reisepläne, Chats im sozialen Netzwerk WhatsApp, Fotos, Informationen über die verwendeten Fahrzeuge, das Kennzeichen des Hubschraubers, der für Reisen innerhalb Guatemalas verwendet wurde, und andere. So werden in einem Dokument, das La Hora vorliegt, die Reisepläne, aber auch die Klarnamen der Russen, die gereist sind, genannt: Neben dem Chef des russisch-schweizerischen Bergbauunternehmens MayaNíquel, Andrey Antonov, werden die Unternehmer Alexander Mashkevich, Vadim Ardatovskiy, Aleksei Probytkov, Alesander Vasiyev, Sergei Kuvaev genannt, die zwischen dem 26. und dem 29. April mittels dem Privatflugzeug mit der Matrikelnummer M-AAL (registriert in Punta Cana), 00-FAI (registriert in Brüssel) und/oder N117CP die oben genannte Reise antraten.

Es gebe sogar ein Video, das in der Nacht des 29. April vor der Residenz des Präsidenten Alejandro Giammattei aufgenommen wurde, so der Zeuge. Zu der Frage, ob Alvarado wirklich ein Beamter des Ministeriums für Kommunikation ist, erinnert sich der Zeuge an einen bestimmten Moment, als sie Schwierigkeiten hatten, Antigua Guatemala aufgrund des Verkehrs zu verlassen, und er um Unterstützung bat, um ihnen die Durchfahrt mit Patrouillen der Generaldirektion für Schutz und Verkehrssicherheit zu erleichtern. (...)

Der Vorgang deckt sich mit den Interessen der Nationalen Hafengesellschaft (EMPORNAC)

Am 13. August 2021 teilten die Behörden der Empresa Portuaria Nacional (EMPORNAC) mit, dass der Verwaltungsrat einen Vorschlag von russischen Geschäftsleuten für die Überlassung eines Grundstücks in Puerto Santo Tomás de Castilla erhalten habe. Dort wollen die Eigentümer des russischen Bergbauunternehmens MayaNíquel eine Werft, ein Be- und einen Entladeterminale für feste Massengüter, bauen.

Rodolfo Letona, Präsident des Verwaltungsrats von EMPORNAC, erklärte, dass ihm der Vorschlag am Montag, den 9. August, vorgelegt und zur rechtlichen, finanziellen, technischen und katastermässigen Prüfung vorgelegt wurde.

Das Unternehmen International Metal Supply Holding würde in Guatemala unter dem Namen Atlantic Bulk Cargo (ABC) operieren und ist daran interessiert, 150.000 Quadratmeter des Hafens zu mieten.

MayaNíquel ist in Alta Verapaz und Izabal tätig, wo sich eine der grössten Nickellagerstätten der Welt befindet. Das Bergbauunternehmen exportiert tonnenweise Erde, ohne das darin enthaltene Erz oder andere Elemente zu fördern oder zu verarbeiten. Bereits am 23. September 2020 hatte Antonov für MayaNíquel eine für Präsident Giammattei bestimmte Notiz versandt, in dem sie den Willen bezeugte, für 50 Jahre das Grundstück namens „Arenal“ im Hafen von Santo Tomás de Castilla zu pachten. Der offizielle Antrag wurde am 15. Januar durch eine Marina Pozzi-Pedulla, Direktorin der

International Supply Holding, S.A., eine Schweizer Firma mit Sitz in Moskau gestellt, wobei die Abwicklung über eine Tochtergesellschaft in Guatemala im Aufbau, die Atlantic Bulk Cargo (ABC), durchgeführt werden würde, die jedoch erst am 22. März 2021 offiziell im Handelsregister Guatemalas registriert wurde – mit dem Repräsentanten, Andrey Antonov von MayaNiquel.

Analyst*innen haben die Verhandlungen jedoch in Frage gestellt und mit den Geschehnissen um die TCQ (*Transporte de Contenedores Quetzal, eine Tochtergesellschaft der spanischen TCB nach der Privatisierung des Hafens in Santo Tomás de Castilla*) verglichen, weil es an Transparenz gemangelt habe und weil ein Gebiet bereits verpachtet werden soll, obwohl der Vergabeprozess der Konzession mit weiteren Anbietern noch nicht abgeschlossen gewesen sei (*siehe z.B. ¡Fijáte! 606, d.Red.*).

ABC: Das Verfahren war transparent

Das guatemaltekische Unternehmen Atlantic Bulk Cargo, S.A. (ABC) teilte in einer bezahlten Zeitungsanzeige mit, dass es der EMPORMAC ein Pachtangebot für die Einrichtung eines Lager- und Umschlagbereichs für Schüttgut unterbreitet habe. Als Reaktion auf das Medienecho auf den EMPORMAC-Deal merkte ABC an, dass der Prozess transparent und legal gewesen sei.

Was der ex-FECI-Leiter, Juan Francisco Sandoval dazu sagte

Am Abend des 23. Juli gab Juan Francisco Sandoval nach seiner Entlassung eine Pressekonferenz, in der er zu dem Schluss kam, dass sein Ausscheiden aus der Staatsanwaltschaft neben verschiedenen anderen Fällen (Aussagen von Gustavo Alejos, die Beschlagnahmung von 122 Millionen Q im Zusammenhang mit dem ehemaligen Kommunikationsminister José Luis Benito unter der derzeitigen Regierung) auf die Beweise für das Treffen zwischen dem Präsidenten Alejandro Giammattei und russischen Staatsbürger*innen zurückzuführen war. "Die uns vorliegenden Informationen besagen, dass Bargeld in einem Haus in der Zone 15 in Guatemala-Stadt angekommen ist (*jenem des Präsidenten, d.Red.*). Warum sollte der Präsident Bargeld von diesen Leuten erhalten", fragte Sandoval in einem Interview mit El Faro de El Salvador, einige Tage nachdem er das Land verlassen hatte.

Die Regierung behauptet, es werde versucht, ein Narrativ über angebliche Korruption zu schaffen.

La Hora fragte Patricia Letona, die Sprecherin des Präsidenten, wie die Regierung zu den Vorwürfen stehe, dass der Präsident in seinem Haus Geld in einen Teppich eingewickelt bekommen habe. Und was sie von der Tatsache halte, dass das Justizministerium die Vorwürfe untersucht? Zu dieser letzten Frage sagte sie: "Wir haben keine Kenntnis oder Beweise dafür, was in der Notiz in dieser Hinsicht steht".

Letona wiederholte jene Antwort mit, die sie an die New York Times schickte, in der die Präsidentschaft erklärt, dass "wir für das Protokoll festhalten möchten, dass Sie sich auf Dokumente, Erklärungen und Berichte beziehen, die uns nicht bekannt sind, weshalb wir uns darauf beschränken, nur auf den Inhalt Ihrer Mitteilung zu antworten. (...)

"Sie verlangen von uns, dass wir uns zu angeblichen Dokumenten und Interviews äussern, ohne Beweise beizufügen. Wir kennen die Rechtmässigkeit und Authentizität der Quellen nicht, auf die sie sich berufen", fügte sie in einer weiteren Antwort auf eine direkte Frage des Journalisten hinzu, der den Bericht darüber verfasst hatte, ob der Präsident Geld erhalten habe, um die Verpachtung eines Gebiets in Santo Tomas de Castilla zu erleichtern.

"Der Präsident der Republik Guatemala, Alejandro Giammattei, weist kategorisch die Behauptung zurück, dass russische Staatsbürger ihm im Austausch für eine Konzession Geld in sein Haus geliefert haben", fügte sie hinzu. "Das einzige, was wir über diese Anschuldigungen wissen, sind die Aussagen eines ehemaligen Staatsanwalts der FECI gegenüber den Medien, für die es keine Beweise gibt. Es ist erwähnenswert, dass die Anschuldigungen im Laufe der Wochen immer wieder geändert werden und sich sogar widersprechen, was durch die Analyse der Veröffentlichungen in den Medien überprüft werden kann", erklärte sie in ihrer Antwort. "Es ist auffallend, dass Sie ihre Berichterstattung gegenüber den Medien verändert haben. Anfangs hiess es, sie könnten im Zusammenhang mit dem Erwerb von Sputnik-V-Impfstoffen stehen, was die in Guatemala akkreditierte russische Botschaft selbst öffentlich zurückwies. Später wechselten sie zu anderen Aussagen über ein angebliches Projekt im Hafengebiet", lautete eine weitere Antwort von Letona. Darüber hinaus spricht sie von dem Versuch, "die Medien mit einem Narrativ über angebliche Korruptionsfälle zu überraschen". Zudem sei EMPORNAC eine autonome Einrichtung und unterliege nicht der Zuständigkeit des Präsidenten.

"Zu den angeblichen Ermittlungen der FECI und den in dem Interview als ‚Zeugen‘, ‚Befragte‘, ‚Ermittler‘ oder ‚Beamte‘ bezeichneten Personen können wir uns nicht äussern, da wir ihre Identität, Eignung oder Glaubwürdigkeit nicht kennen und weil uns die Dokumente, auf die sie sich beziehen, nicht vorgelegt wurden", sagte sie.

In ihren Antworten vertritt sie die Auffassung, dass "eine eventuelle Untersuchung rechtswidrig wäre, da das Amt des Präsidenten der Republik nach der Verfassung mit dem Vorrecht der Amtsenthebung ausgestattet ist, auf das nicht verzichtet werden kann". "In der Gewissheit, im Einklang mit dem Gesetz zu handeln, und als Beweis für die Bereitschaft von Präsident Giammattei, Informationen transparent zu machen, sandte er am 27. Juli 2021 in seiner Eigenschaft als Präsident aller Bürger*innen der Republik Guatemala ein Memorandum an die Staatsanwaltschaft, in dem er seine Bereitschaft zum Ausdruck bringt, die gegen ihn verbreiteten Unwahrheiten zu widerlegen, falls erforderlich. Ich füge eine Kopie des Dokuments bei, das der Ermittlungsbehörde vorgelegt wurde", sagte sie. "Als Präsidialamt bekräftigen wir unsere absolute Bereitschaft zur Zusammenarbeit, damit all diese Verwirrung und dieses Komplott aufgeklärt werden", sagte Patricia Letona. (La Hora)

Keine Ermittlungen der MP

Am Freitag sagte der neue Leiter der Sonderstaatsanwaltschaft gegen Straflosigkeit (FECI), Rafael Curruchiche, in einem Interview mit La Red, dass er kein Ermittlungsverfahren in Bezug auf die angebliche Übergabe von Bargeld an Präsident Alejandro Giammattei durch russische Staatsbürger gefunden habe. La Hora titelt in der Ausgabe vom 27. August: "Die Staatsanwaltschaft entscheidet sich, nicht gegen angebliche russische Bestechung zu ermitteln".

Proteste gehen weiter

Für Samstag, den 28.08., wurde zu einer friedlichen Demonstration auf dem Platz der Verfassung aufgerufen, u.a. auch von Oppositionsparteien (SEMILLA; URNG, WINAQ). *Auf dem von La Hora gezeigten Foto waren einige Hundert Menschen zu sehen. Zugleich gehen die Blockaden der Sozialen Bewegungen weiter; bei denen nach Angaben von JusticiaYa am 29. Juli 200.000 Personen teilgenommen haben. Es gab an folgenden Tagen weitere Plurinationale Blockaden, z.B. wurden von CODECA am 9. August 29 Strassenknotenpunkte im ganzen Land blockiert. Zugleich gibt es Vorwürfe, dass Markthändler*innen Protestierende angegriffen hätten, mutmasslich auf Veranlassung der Eliten.* (La Hora)

Wie manche innerhalb der Staatsanwaltschaft und Justiz mutmassliche Täter*innen schützen

Guatemala, 24. August – *Anhand des Versuchs, der Richterin Erika Aifán den Fall der Parallelen Kommissionen 2020 zu entziehen, zeigt sich ein Schema, mit dem einige Justizbedienstete versuchen, Täter*innen zu schützen.*

Der Plan im Fall Aifán wurde angeblich am 6. August 2020 in einem Restaurant entwickelt, wie die Sonderstaatsanwaltschaft gegen Straflosigkeit (FECI) der Staatsanwaltschaft mitteilte. Mynor Moto, als er Dritter Strafrichter war, Claudia Paola Mansilla Figueroa, Assistentin eines Beraters der Generalstaatsanwältin, der Anwalt Dennis Billy Herrera Arita und Marco Aurelio Alveño Hernández hätten die Strategie festgelegt, so die Erklärung, die Richter Aifán am Dienstag, den 24. August, in einer Anhörung verlas, in der Herrera Arita eine Änderung der Straftat beantragte, für die er angeklagt ist. Diese Einzelheiten waren nicht bekannt, da die erste Anhörung von Herrera Arita unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfand. Die Erklärung, die FECI vorliegt, stammt von Alveño Hernández und wurde im Juli abgegeben.

"Ich erinnere mich, dass wir uns am 6. August 2020 mit Claudia Paola Mansilla Figueroa und dem Richter Mynor Mauricio Moto Morataya getroffen haben, um verschiedene Themen zu besprechen, darunter auch die Frage der Entziehung von Fällen (für bestimmte Richter*innen, d.Red.). Mynor Moto erwog damals bereits seine Kandidatur für das Verfassungsgericht. Bei dieser Gelegenheit kam Moto eilig an, aber er bat mich, ihn wieder zu treffen. Der Plan, der zwischen Paola, Moto und Dennis Billy Herrera Arita ausgeheckt wurde, sollte darauf hinweisen, dass die Richterin Erika Aifán unfähig wäre, den Fall der parallelen Kommissionen zu verhandeln", heisst es in der Erklärung. Er fügt hinzu: „Die Grundlage für die Feststellung, dass Richterin Aifán unfähig in dem Fall war, war, dass jeder Befund, der im Hauptverfahren gemacht wird, dem Büro für ständige Unterstützung der Staatsanwaltschaft zur Kenntnis gebracht werden und eine gerichtliche Überprüfung des Falles beantragen sollte."

Der Zeuge führte aus: "Bei diesem Treffen hat Paola (= Claudia Paola Mansilla Figueroa) die Strategie der Diskrepanz entwickelt, aber Dennis Herrera und sein Bruder - Douglas Herrera Arita -, mit denen sie eng befreundet sind, sagten, dass sie es nicht richtig formuliert hätten".

Bei der Anhörung stimmte Richter Aifán nicht zu, die Straftat von Herrera Arita zu verändern, so dass dieser weiterhin wegen Verschwörung zur Behinderung der Justiz angeklagt ist. Die Verteidigung des Anwalts beantragte, den Straftatbestand in Behinderung von Strafverfolgung umzuwandeln.

Weitere Fälle von versuchten Vereitelungen von Strafermittlungen gegen Geldzahlungen

Am 25. Juli veröffentlichte ein nationales Medium einen Bericht über ein angebliches Durchsickern von Informationen über relevante Fälle, die von FECI bearbeitet wurden, in der Staatsanwaltschaft. Daraufhin bot die Staatsanwaltschaft an, eine Analyse durchzuführen, um den Wahrheitsgehalt der Anschuldigungen zu ermitteln. Der Vermerk stützt sich auf die angebliche Aussage, die Alveño Hernández als Angeklagter am 13. Juli gegenüber FECI gemacht hat.

In der vermeintlichen Zeugenaussage, die auch andere Beweise wie ausgedruckte E-Mails, Bilder und Gespräche enthält, enthüllt Alveño die Rolle von Claudia Paola Mansilla Figueroa innerhalb der Staatsanwaltschaft (MP). Diese, eine ehemalige Kommilitonin an der Universität San Carlos, erzählte ihm im Juni 2020, dass sie als Beraterin von Héctor Aníbal de León Velasco arbeitete, der auch Berater der Generalstaatsanwältin María Consuelo Porras war und für die Projekte zur Absetzung von Staatsanwälten in der Obersten Behörde der Staatsanwaltschaft verantwortlich war.

In seiner Aussage sagte Alveño, dass Édgar Barquín, der ehemalige Präsident der Banco de Guatemala, dessen Anwalt er war, ihm am 15. Mai 2020 sagte, dass er besorgt sei, weil Polizeibedienstete in seinem Haus in der Zone 16 der Hauptstadt Fragen stellten, und dass sie später darüber informiert wurden, dass es sich um eine Untersuchung im Fall Bancafé handelte. Alveño sagte, dass Barquín wegen dieses Falles "auf Veranlassung des Präsidenten der Republik" über Ángel Pineda "eine Annäherung" mit der Generalstaatsanwältin gehabt habe. Der Anwalt sagte, er sei unter anderem angewiesen worden, "die Absetzung der mit dem Fall betrauten Staatsanwälte zu beantragen". Barquín bat ihn auch, sich an den zuständigen Richter Miguel Ángel Gálvez zu wenden, um mehr Informationen über den Haftbefehl zu erhalten, der bestätigte, dass er ohne Begründung keinen Haftbefehl erlassen könne.

Laut Alveños Aussage traf er sich im August 2020 mit Claudia Mansilla und dem ehemaligen Richter Mynor Moto, wo sie ihm einen Plan enthüllten, um anzuzeigen, dass Richterin Erika Aifán "unfähig sei, den Fall der parallelen Kommissionen zu verhandeln", aber dass dieser Plan, der zusammen mit Dennis Billy Herrera ausgearbeitet wurde, abgelehnt

werden würde, so dass sie um Rat fragten, den Antrag ausdehnten und so wurde er am 29. Oktober 2020 für zulässig erklärt. Alveño behauptet, dass, abgesehen von den persönlichen Treffen, die gesamte Kommunikation über den Chatdienst Telegram erfolgte, allerdings mit "selbsterstörenden" Nachrichten. Er sagt, dass Claudia Mansilla, nachdem der Fall, wie von ihr beantragt, an die Staatsanwaltschaft für grenzüberschreitende Straftaten übergeben worden war, in sein Büro kam, um 50.000 Q für die "Absetzung von Édgar Barquín zu verlangen", und ihn auch bat, sich mit Maynor Moto zu treffen, um ihn bei der Kampagne für seine Wahl zum Richter des Verfassungsgerichts (CC) zu unterstützen.

FECI-Fälle

Alveño behauptet, Mansilla habe ihn am 11. November 2020 in seiner Wohnung aufgesucht, um einen Vorschuss von 30.000 Q auf die geforderte Zahlung zu erhalten, wobei 20.000 Q noch ausstanden. Er behauptet, dass Mansilla an diesem Tag einen Bericht mit allen in FECI bearbeiteten Fällen brachte und ihm eine Kopie anbot; er weigerte sich jedoch, sie entgegenzunehmen, sondern schrieb die Anzahl der Fälle und Personen in ein Dokument, das später von den Behörden bei einer Razzia beschlagnahmt wurde. Der Anwalt führt weiter aus, dass er sich am 18. November 2020 persönlich mit Moto und Mansilla traf, wo sie ihn erneut um seine Unterstützung für die CC-Wahl baten. "Mynor Moto wies mich darauf hin, dass Licda. Éricka Aifán mit ihren Wutausbrüchen bezüglich der aufgeworfenen Unregelmässigkeiten begonnen hatte; Paola Mansilla fügte hinzu, dass Lic. Juan Francisco Sandoval dumm war, den Fall aufzugreifen, aber dass die Generalstaatsanwältin ihn nicht gelassen hatte, nach dem, was sie in der Obersten Behörde gehört hatte", erzählt der Anwalt in der angeblichen Zeugenaussage.

Alveño gab auch an, dass der Anwalt Francisco García Gudiel ihm einmal erzählte, dass FECI gegen ihn ermittelte und dass ein Agent der Spezialabteilung für Kriminalermittlungen die Ermittlungen bestätigte, so dass er ihn bat, sich mit ihm zu treffen, um zu sehen, ob er ihm helfen könne. Er sagt, dass sie bei dem Treffen Mansilla anriefen und sie bestätigte, dass es sich bei dem Fall García Gudiel um einen Bau- und Korruptionsfall handelt. Mansilla verlangte von ihnen angeblich auch 9.000 US-Dollar, die Hälfte davon im Voraus, um von dem Fall abgezogen zu werden, wovon sie am 23. Januar 2021 4.500 US-Dollar zahlten. (*Trotzdem hat Ericka Aifán Ende Mai 2021 Untersuchungshaft und einen Prozess gegen ihn durchgesetzt, d.Red.*). Darüber hinaus erfuhr Alveño am 26. Februar 2021, dass die FECI Razzien durchführte, weil Informationen an den Angeklagten Gustavo Alejos, den ehemaligen Sekretär des Präsidenten, weitergegeben worden waren. Alveño sagt, dass er besorgt Mansilla anrief, der ihm sagte, dass er "sauber" sei. (Prensa Libre)

Der Kongress lehnt in einer hitzigen Sitzung das Dekret 6-2021 über den Notstand ab

Guatemala, 23. August - Der von der Exekutive im Dekret 6-2021 verhängte Notstand wurde mit 103 Stimmen abgelehnt. Auch die im Dekret 7-2021 vorgesehenen Reformen blieben ohne Wirkung.

Der guatemaltekische Kongress hat den von Präsident Alejandro Giammattei am 13. August wegen der Ausbreitung von Covid-19 verhängten Notstand abgelehnt und damit die Massnahme des Präsidenten aufgehoben. Außerdem wurde mit 122 Stimmen der Eilantrag des Parlamentspräsidenten Allan Rodríguez (VAMOS) angenommen, das Dekret 7-2021 nicht zu verhandeln, da es aufgrund der Ablehnung des vorherigen Dekrets keinen Gegenstand hat. Insgesamt 103 Abgeordnete stimmten in einer Marathonsitzung des Parlaments, die um 14.00 Uhr begann und bis fast Mitternacht dauerte, gegen den Notstand. Weitere 54 Abgeordnete stimmten für die von Giammattei vorgeschlagene Massnahme, drei waren abwesend. Insgesamt verfügt der guatemaltekische Kongress über 160 Sitze. Viele Abgeordnete lehnten den Notstand vor allem deshalb ab, weil er dem Staat mehr Spielraum für Ankäufe lässt, die nach Ansicht von Expert*innen in der Vergangenheit häufig zu illegalen Handlungen genutzt werden.

"Wir feiern es. Es ist ein grosser Sieg für das guatemaltekische Volk", sagte der Oppositionsabgeordnete Samuel Pérez Álvarez von der SEMILLA-Fraktion vor dem Plenum. "Wir haben dafür gestimmt, diesen Unglücksstaat zu begraben, der auch das Ziel hatte, eine Diktatur der Korruption zu errichten", fügte er hinzu. Der Abgeordnete Álvaro Arzú Escobar (UNIONISTA) sagte, dass die Ablehnung des Dekrets eine klare Botschaft an die Regierung sei, damit "sie begreift, dass sie nicht nach Belieben Dinge in den Kongress einbringen kann, sondern dass sie lernen muss, zu diskutieren, einen Dialog zu führen und rechenschaftspflichtig zu sein und nicht nur Dekrete zu erlassen und vom Kongress zu verlangen und zu erwarten, dass er alles tut, was sie von uns verlangen". Rodolfo Neutze von der CREO-Fraktion sagte, dass der Schwerpunkt auf der Impfung liegen sollte und dass "niemand in Guatemala einen Notstand wollte, weil er nicht auf die Krise reagiert hat". Er fügte hinzu, dass das Urteil des Verfassungsgerichts CC erfüllt worden sei und empfahl der Exekutive, sich auf die "Gesundheitsversorgung der Guatemalte*innen" zu konzentrieren.

Die Mehrheit der Stimmen für den Notstand kam von der Giammatteis Partei VAMOS und den regierungsnahen Parteien wie der Union für den nationalen Wandel (UCN), der Front der nationalen Konvergenz (FCN) und VALOR.

Der Ausnahmezustand war durch ein Dekret von Giammattei angeordnet worden, das am 13. August im Ministerrat beschlossen wurde und einen Tag später, am 14. August, in Kraft trat, wobei die Ratifizierung durch den Kongress noch ausstand. Nach Angaben des Präsidenten zielt die Entscheidung darauf ab, die Ausbreitung des Coronavirus und seiner Delta-Variante zu verhindern, nachdem die Zahl der Krankheits- und Todesfälle in den letzten zwei Monaten gestiegen ist. Nach guatemaltekischem Recht kann der Notstand unter anderem dazu führen, dass die Bewegungsfreiheit der Bevölkerung eingeschränkt, Menschenansammlungen verhindert und Versammlungen aufgelöst werden. Die Regierung

hatte bereits im Juli einen Präventionsstatus mit demselben Ziel eingeführt, die Ausbreitung von Covid-19 zu verhindern. Nach Angaben der Gesundheitsbehörden wurden in Guatemala seit Beginn der Pandemie im März 2020 insgesamt 11.516 Todesfälle durch Covid-19 und 440.007 positive Fälle der Krankheit registriert. In 85 % der 340 Gemeinden Guatemalas herrscht jetzt Alarmstufe Rot.

Im Detail

Der Kongress der Republik trat am Montag, den 23. August, zu seiner ständigen Sitzung zusammen, um über (...) den Notstand bzw. die diesbezüglichen Änderung zu beraten. (...) Nach dem Beschluss des CC muss der Kongress den Notstand mit absoluter Mehrheit genehmigen, abändern oder ablehnen, weshalb das Kongresspräsidium einen Präzedenzfall vorschlug, um den Weg für den Erlass festzulegen, der jedoch nicht genehmigt wurde. Es gab 106 Gegenstimmen, 51 Ja-Stimmen und drei Abwesende. (...)

Parlamentspräsident Allan Rodríguez wies darauf hin, dass angesichts der mangelnden Unterstützung für den Präzedenzfall, die nächsten Massnahmen analysiert werden und sagte, dass erwartet wird, dass die Agenda, die das Dekret über den Katastrophenzustand beinhaltet, eingehalten wird. Gegen 21.10 Uhr machte Rodríguez eine 20-minütige Pause, woraufhin Abgeordnete der Opposition vor die Tür seines Büros traten und ihn aufforderten, das Büro zu verlassen, um die Abstimmung über den Notstand fortzusetzen.

"Da die Regierungspartei nicht weiss, ob sie die 81 Stimmen hat, um den Notstand zu ratifizieren, erfindet sie jetzt ein Verfahren. Wenn es nicht ratifiziert wird, wird über die Missbilligung abgestimmt", schrieb die Abgeordnete Lucrecia Hernández Mack (SEMILLA) auf Twitter. Der Abgeordnete Aldo Dávila (WINAQ) sagte, dass die Massnahmen des Kongresspräsidiums darauf abzielen, "die legislative Agenda zu untergraben". Manuel Rivera von der VICTORIA-Fraktion interpretiert das Vorgehen des Präsidiums als eine Strategie, die darauf abziele, eine Einigung in der Legislative so lange zu verschleppen bis der verhängte Notstand endet. Der Abgeordnete Bernardo Arévalo (SEMILLA) sagte: "Es gibt eine Tagesordnung, und nach dieser sind wir bereit, abzustimmen, nachdem der Präzedenzfall abgelehnt wurde". Carlos Barreda (UNE) wies darauf hin, dass sie die Gründe nicht kennen, warum das Präsidium die Plenarsitzung aussetzt und sich weigert, über den Notstand zu entscheiden. "Was wir wollen, ist wählen", sagte er. (...)

Verzögerungen und Diskussionen

Gemäß der Einberufung des Kongressvorstandes sollten die Abgeordneten um 14 Uhr im Plenarsaal anwesend sein; die Plenarsitzung begann jedoch mit einer Stunde und 45 Minuten Verspätung, und mit der Anwesenheit von nur 144 Abgeordneten. (...) Nach fast zwei Stunden Sitzung begann der Abgeordnete Jorge García Silva (PC), die Tagesordnung zu verlesen, die zur Diskussion vorgelegt worden war, woraufhin ein Eilantrag zur Abstimmung gestellt wurde, eine permanente Sitzung zu erklären, wie vom CC angeordnet, bis der Notstand ratifiziert, abgelehnt oder geändert wurde. Präsident Alejandro Giammattei hatte am 13. August den Ausnahmezustand verkündet, der – bei Ratifizierung - eine Ausgangssperre von 22.00 bis 4.00 Uhr bis zum 13. September beinhalten würde.

Neuer Vorschlag

Gegen 23.00 Uhr wurde den Abgeordneten ein neuer Vorschlag zur Fortsetzung der Beratungen über den Notstand vorgelegt. Dies entspricht dem Verfahren zur Ratifizierung, Änderung oder Ablehnung des Beschlusses der Exekutive. Als die Abgeordnete Shirley Rivera (VAMOS) das Wort ergriff, wurde sie von den Abgeordneten ausgebuht. Mit 81 Stimmen wird der Eilantrag des Abgeordneten Cristian Álvarez (CREO), für die Missbilligung des Notstands zu stimmen, angenommen. (Prensa Libre mit Informationen von EFE)

¡Fijáte!

vierzehntägiger E-Mail-Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

www.facebook.com/fijateMagazin

Redaktion:

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Theresa Bachmann - theresabachmann95@web.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein **¡Fijáte!**, registriert in CH-2502 Biel, c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6